

Mecklenburg-Vorpommern

Nachrichten

Theater: Kritik an Reformplänen



SCHWERIN Die FDP fordert eine Gleichbehandlung der Theater in Mecklenburg-Vorpommern und regt eine Finanzierung nach sächsischem Modell an. Dem dortigen Kulturraumgesetz zufolge würden das Land, die Trägerkommunen und die jeweiligen Umlandregionen zu je einem Drittel an der Theaterfinanzierung beteiligt. Kritik gab es auch an den Reformplänen der SPD/CDU-Regierung, nach denen regionale Kooperationen der Häuser gefordert und auch finanziell honoriert werden.

Während „latent Geld in das dauerinsolvente Staatstheater Schwerin“ fließe, lasse Kulturminister Mathias Brodtkorb (SPD) das Rostocker Theater „verbluten“, so FDP-Landesgeneralsekretär Johannes Weise gestern in Schwerin.

Umgang mit Straftätern

ROSTOCK Der künftige Umgang mit sogenannten Hoch-Risiko-Straftätern ist Thema einer internationalen Konferenz vom 3. bis zum 5. September in Rostock-Warnemünde. Dabei wollen Experten aus 34 Ländern versuchen, EU-weite Standards festzulegen, wie das Justizministerium gestern berichtete. Diese Standards sollen dazu beitragen, dass die Täter nach ihrer Haftentlassung in die Gesellschaft zurückkehren können und von ihnen möglichst keine Bedrohung mehr ausgeht.

Ministerin und Familienmensch

Birgit Hesse (SPD) spricht im Sommerinterview über die ersten Monate im Amt und die Aufgaben für die nächsten Jahre

SCHWERIN Seit dem 14. Januar ist Birgit Hesse Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales. Die 39-jährige SPD-Politikerin ist die Jüngste am Kabinetttisch – und hat eines der größten Ressorts zu verantworten. Karin Koslik sprach mit ihr.

Ihre Tochter ist gerade eingeschult worden. Hat das den Tagesablauf in Ihrer Familie sehr verändert?

Oh ja, wir müssen jetzt früher aufstehen. Früher konnte Anna auch mal länger schlafen, wenn ich später Termine hatte, aber jetzt muss sie um halb acht in der Schule sein.

Frühstücken Sie als Familie zusammen?

Nein, das schaffen wir nicht. Mein Mann muss immer schon vor uns los.

Kritiker der ab 2015 geplanten Vollverpflegung in Kitas bemängeln, dass dadurch das gemeinsame Frühstück in der Familie wegfallen würde. Ein gewichtiges Argument?

Ich habe mir diverse Einrichtungen angesehen und muss sagen, dass ich absolut überzeugt bin von der Vollverpflegung. Zum einen, weil es eben nicht selbstverständlich ist, dass Familien zusammen frühstücken – manche haben nicht die Zeit dazu, manchmal fehlt aber auch einfach der entsprechende Background. Deshalb finde ich es ganz wichtig, dass die Kinder ein gemeinsames, gesundes Frühstück einnehmen, wenn sie in die Kita kommen. Und es ist gut, dass dann nicht mehr verglichen werden kann, wer was in der Brotdose hat.

Sie haben in Kitas auch danach gefragt, wo sich Eltern und Erzieher Änderun-



Nach drei Monaten „wie ein Trichter“ hat sich Birgit Hesse nun in ihr neues Amt voll eingearbeitet. FOTO: REINHARD KLAWITTER

rungen wünschen. Was ist dabei herausgekommen?

Bei den Eltern ist nach wie vor der Wunsch einer finanziellen Entlastung groß, insbesondere im Krippenbereich. Ein anderer Wunsch wäre ein kostenloses Mittagessen. Die Fachkräfte in den Kitas haben sich häufig gewünscht, dass sie mehr Zeit für die Vor- und Nachbereitung bekommen. Da haben wir ja schon einen Ansatz mit zwei zusätzlichen Stunden, und ich denke, dass das auch noch aufgestockt wird. Und es gibt natürlich auch Erzieher, die sagen, kleinere Gruppen wären auch toll, insbesondere im Krippenbereich. Im Moment haben wir da eine Relation von 1:6, es wäre aber tatsächlich eine Überlegung, ob man da noch absenken könnte.

Bei älteren Kindern ist die Relation aber im Bundesvergleich noch schlechter...

Wir haben hier schon viel verändert. Wir waren mal bei

1:18 und sinken jetzt ab auf 1:15. Das ist eine deutliche Anstrengung, auch finanziell. An den Bundesvergleichen stört mich, dass es keine einheitliche Basis gibt. Wir haben hier in MV den Anspruch, dass sich ausgebildete Erzieherinnen um die Kinder kümmern, andere Länder haben diesen Anspruch nicht. Selbstverständlich wäre es schön, wenn wir die Gruppen weiter verkleinern könnten. Aber das kostet auch irre viel – pro Kind weniger in der Fachkraft-Kind-Relation sind das 20 Millionen Euro. Aber es gibt eben auch noch andere Bedarfe...

Dazu gehört für immer mehr Eltern auch eine Betreuung früh morgens, abends oder an Wochenenden...

Wir müssen schauen, wie wir die Randzeitenbetreuung ausbauen können oder, wo es Sinn macht, die Betreuung in 24-Stunden-Kitas. Der andere Punkt ist aber: Unsere Ge-

sellschaft muss insgesamt noch viel, viel, viel familienfreundlicher werden. Wir Menschen sind keine Arbeitstiere, die bis zum Umfallen arbeiten und sich darüber definieren, wie lange sie im Büro sind. Es muss auch möglich sein zu sagen, ich nehme mir Zeit für meine Familie, ich nehme mir Zeit für meine Eltern, die ich pflegen muss, ich nehme mir Zeit für mich. Aber so weit ist unsere Gesellschaft noch nicht.

Ihr Ressort umfasst neben den Kitas viele weitere Bereiche: Gesundheit, Arbeit, Gleichstellung... Wie bekommen Sie all das unter einen Hut?

Ich muss ehrlich zugeben, dass ich mich in den ersten drei Monaten in diesem Amt gefühlt habe wie ein großer Trichter, in den immer mehr hineinkam. Danach ist dann irgendwann der Knoten geplatzt. Und was für mich sehr hilfreich war: Wir haben eine Stabsklausur gemacht und

alle Punkte, die 2014, 15 und 16 anstehen, systematisch aufgearbeitet und daraus einen Vorhabenplan gemacht. Was sind denn die Vorhaben für 2014, 15 und 16?

Das erste war die Entfristung des Nichtraucherschutzgesetzes. Gerade haben wir die interne Ressortanhörung für das Gleichstellungsgesetz freigegeben. Jetzt kommt das Rettungsdienstgesetz. Dann wird das Sozialhilfefinanzierungsgesetz erst fortgeschrieben und hoffentlich zum 1. 1. 2016 novelliert. Dann kommt das Psychisch-Kranken-Gesetz. Und 2016 darf ich dann den Vorsitz der Gesundheitsministerkonferenz übernehmen.

Bei Ihrem Amtsantritt hatten Sie sich, auch aus Ihrer Erfahrung als Landrätin heraus, Bürokratieabbau zum Ziel gesetzt. Wie weit sind Sie damit?

Wir wollen insbesondere für die Richtlinien im Europäischen Sozialfonds zu einer Vereinfachung kommen. Dazu soll ein Handbuch erarbeitet werden, in dem wir die Richtlinien „übersetzen“. Denn das Problem ist häufig, dass unvollständige Anträge eingereicht werden, die dann nicht bearbeitet, sondern zurückgeschickt werden. So geht wertvolle Zeit verloren. Bürokratieabbau ist aber auch im Landesamt für Gesundheit und Soziales ein Thema, da schauen wir, wie man eine Vereinfachung der Verfahren erreichen kann. Und wir werden auch eine Übersicht über alle Kita-Fördertöpfe erarbeiten, die ja nicht nur in unserem Hause angesiedelt sind und schauen, wo man Wege vereinfachen und zusammenfassen kann.

Klimaschutzziele konsequenter verfolgen

NEUBRANDENBURG SPD und Linke sind zum Start der Parlamentsarbeit nach der Sommerpause auf Reisen. Die Linksfraktion im Schweriner Landtag startete gestern in Neubrandenburg eine mehrtägige Klausur mit Beratungen zu Ursachen und Folgen des Klimawandels. Die Fraktion der SPD berät im polnischen Stettin (Szczecin) über die bis zum Jahresende anstehenden Aufgaben und die grenzübergreifende Zusammenarbeit mit polnischen Partnern. Wie Hamburg für Westmecklenburg soll Stettin für Vorpommern zum Impulsgeber für eine wachsende Wirtschaft werden, sagte SPD-Fraktionschef Norbert Nieszery zum Auftakt der dreitägigen Klausur.

Die SPD-Abgeordneten befassten sich auch mit der Neuordnung der Notfallrettung in Mecklenburg-Vorpommern.

Dazu plant Sozialministerin Birgit Hesse (SPD) eine Gesetzesänderung. Eine älter werdende Bevölkerung, der medizinische Fortschritt und die Kreisgebietsreform erforderten Änderungen an den bisherigen Regelungen, erklärte der SPD-Sozialpolitiker Julian Barlen.

Der Vorsitzende der oppositionellen Linksfraktion, Helmut Holter, fordert von der Schweriner Landesregierung unterdessen eine konsequenter Verfolgung selbstgesteckter Klimaschutzziele und die zielgerichtete Förderung umweltverträglicher Technologien. Die umweltpolitische Fraktionssprecherin Mignon Schwenke forderte, die Kompetenzen der Landesregierung im Klimaschutz zu bündeln und den Landesaktionsplan Klimaschutz zu aktualisieren.

Frank Pfaff

JVA-Beamten schwer belastet

Zeuge bestätigt Bezahlung von Gefälligkeits- / 50 000 Euro als „Darlehen“

BÜTZOW Das Strafverfahren gegen einen heute 49-jährigen Beamten der Justizvollzugsanstalt Bützow, der sich bereits vor der vierten Instanz wegen Vorteilsannahme bzw. Bestechlichkeit verantworten muss, wurde gestern fortgesetzt. Dabei wurde der Bankkaufmann Norbert W.(52), einer der Hauptbelastungszeugen, gehört.

Der Angeklagte wird beschuldigt, in den Jahren 2002/2003 über Mittelsmänner des bekannten Rostocker Rotlichtkönigs Arthur B. mindestens 15 000 Euro für das Einschleusen von Nachrichten, Handys und SIM-Karten in die JVA Bützow entgegengenommen zu haben. Roland R. bestreitet den Vorwurf. Die 15 000 Euro würden aus einer Geldanlage beim CMC, einem thüringischen Vermögensinstitut, resultieren, das hohe Rendite ausgezahlt hätte.



Wie sind Handys hinter diese Mauern gelangt? Das Gericht versucht es zu klären. FOTO: SVZ

Norbert W. widerlegte gestern diese Version des Angeklagten. Er hätte den Justizbeamten während seiner Haftzeit ab 2002 in der JVA Bützow kennengelernt. Hier hätte er seine achtjährige Strafe wegen Geldwäsche verbüßt. Er gab zu, aus der Haftanstalt heraus weitere lukrative Geldgeschäfte getätigt zu haben. Über das vertrauliche Verhältnis des Angeklagten mit dem Häftling Arthur B. hätte er sich zu-

nächst gewundert. Es sei allgemein bekannt gewesen, dass Roland R. auf der Gehaltsliste bei Arthur B. stand. Der hätte dem Beamten Kredit für den Bau seines Hauses von einmal 40 000 und dann 25 000 Euro gegeben. Roland R. sei Sprachmittler zwischen Arthur B. und bestimmten Häftlingen gewesen. Die Kontakte gingen über verschlüsselte Botschaften vor sich. Das Wort Bücher stand zum Beispiel für Handy.

Er selbst habe in den Jahren mindestens zweimal im Monat die Dienste des Angeklagten in Anspruch genommen. „Ich brauche dringend Geld“, hätte Roland R. einmal zu ihm gesagt. Die Auszahlung erfolgte in der Regel durch die Verteidigerin des Arthur B. Auf der Quittung hätte als Tarnung „Darlehen“ gestanden.

Am 17. September findet der nächste Verhandlungstermin statt. mlh

Hilfsaktion für Patienten auf Kreuzfahrtschiff

RÜGEN Mit vereinten Kräften sind Rettungssanitäter und freiwillige Helfer der Seenotrettung gestern Morgen einem verletzten Kreuzfahrtschiff-Passagier in Fährhof auf Rügen zur Hilfe geeilt. Wie die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) mitteilte, war der ältere Mann an Bord des Flusskreuzfahrtschiffes „MS Königstein“, das regelmäßig von Potsdam zur Ostsee-Insel fährt, gestürzt. Dabei habe er sich so schwer verletzt, dass er dringend ärztliche Hilfe benötigte. Um dem Rettungswagen die deutlich längere Anfahrt über Glowe zu dem bei Fährhof ankernden Schiff zu ersparen, sei parallel das in Breege stationierte DGzRS-Rettungsboot zum Fährleger in Vaschvitz beordert worden, um die Mediziner überzusetzen.